

Herr Raubach teilte mit, es lägen Informationen vor, wonach die Kreisumlage statt um 3 % in 2010 lediglich um 1,56 % erhöht werden soll. Ab 2011 solle die Erhöhung bei 2,56 % liegen.

Für den städtischen Haushalt bedeute dies folgende Einsparungen:

Haushaltsjahr 2010: 839.000 €  
 Haushaltsjahr 2011: 241.000 €  
 Haushaltsjahr 2012: 247.000 €  
 Haushaltsjahr 2013: 259.000 €.

Das Haushaltsdefizit im Jahr 2010 werde sich damit auf rund 15,1 Mio. € verringern. Die vorhandene Ausgleichsrücklage in Höhe von 14,9 Mio. € werde dennoch vollständig aufgebraucht. Auch in den Folgejahren werde die Grenze des § 76 Abs. 1 GO NRW (ein Zwanzigstel des in der Schlussbilanz des Vorjahres ausgewiesenen Ansatzes der allgemeinen Rücklage) weiterhin überschritten. An der Situation des Haushaltssicherungskonzeptes und der Deckelung der Kreditaufnahmen ändere sich daher nichts. Die vorgenannte Einsparung könne nicht für zusätzliche Investitionen verwendet werden.

Der Bürgermeister ergänzte, dass eine Entscheidung des Kreistages hinsichtlich der reduzierten Erhöhung der Kreisumlage noch nicht vorliege. Solange diese Entscheidung nicht getroffen sei, werde von den bisherigen Zahlen ausgegangen.

Im Sinne der Haushaltsklarheit sprach sich Herr Metz bereits jetzt für eine Berücksichtigung der Einsparungen aus, da von einer Beschlussfassung des Kreistages auszugehen sei. Dem widersprach der Bürgermeister, da einzige Grundlage ein Antrag der Mehrheitsfraktionen im Kreistag sei. Dem schloss sich Herr Diekmann an.

Auf Nachfrage von Herrn Diekmann, statt der Kreisumlage eine Senkung der ÖPNV-Umlage in den Vordergrund zu stellen, sagte der Bürgermeister eine entsprechende Prüfung zu.

Folgende offene Punkte aus der Haushaltsberatung (Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.02.2010) wurde noch beraten:

| Lfd. Nr. | Seite HPL | Produkt  | Bezeichnung           | Zeile Nr. | Haushaltsjahr | Ertrag/Einzahlung                  | Aufwand/Auszahlung | Begründung/Beschreibung                                                                                                                         | Fraktion |
|----------|-----------|----------|-----------------------|-----------|---------------|------------------------------------|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
|          |           |          |                       |           |               | plus/minus(-)                      | plus/minus(-)      |                                                                                                                                                 |          |
| 74       | 651       | 11-01-02 | Konzessionsabgabe Gas | 6         |               | Haushaltsansatz im Aufwand: 30.000 |                    | Beratungskosten Gaswegenetz: Der derzeitige Verhandlungsstand lässt eine Rückerstattungspostion für die Beratungskosten als möglich erscheinen. | CDU/FDP  |

|    |     |          |                       |    |      |  |           |                                                                            |       |
|----|-----|----------|-----------------------|----|------|--|-----------|----------------------------------------------------------------------------|-------|
| 75 | 652 | 11-01-02 | Konzessionsabgabe Gas | 13 | 2010 |  | -30.000 € | Die bestehende Beschlusslage rechtfertigt keinen Ansatz in diesem Bereich. | GRÜNE |
|----|-----|----------|-----------------------|----|------|--|-----------|----------------------------------------------------------------------------|-------|

Unter Berücksichtigung der bisher erbrachten Beratungsleistungen und der geplanten Informationen sowie der angestrebten Beschlussfassung in der Ratssitzung am 30.06.2010 werde nach Ausführung von Herrn Raubach ein Haushaltsansatz von 15.000 € als ausreichend erachtet.

Es bestand Einvernehmen, entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu verfahren. Die in dieser Angelegenheit gestellten Anträge der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden für erledigt erklärt.

| Lfd. Nr. | Seite HPL | Produkt  | Bezeichnung           | Zeile Nr. | Haushalts-jahr | Ertrag/ Einzahlung | Aufwand/ Auszahlung | Begründung/ Beschreibung                                                                    | Fraktion |
|----------|-----------|----------|-----------------------|-----------|----------------|--------------------|---------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
|          |           |          |                       |           |                | plus/ minus(-)     | plus/ minus(-)      |                                                                                             |          |
| 82       | 684       | 12-01-01 | Straßen, Wege, Plätze | 12        | 2010           |                    | -330.000 €          | Keine Sanierung der Mewasseret-Zion-Brücke vor Abschluss der Zentrums-umgestaltungs-planung | SPD      |

Herr Raubach verwies auf eine den Fraktionen bereits zugeleitete Information, wonach die Mittel im Haushalt verbleiben müssen. Herr Gleß ergänzte auf Nachfrage von Herrn Metz, dass eine Sanierung der Brücke im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Zentrums wegen der Zeitschiene nicht in Betracht komme. Er schlug vor, den Haushaltsansatz zu belassen und im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss zu dokumentieren, um welche provisorischen Maßnahmen es sich handle und welche Kosten hierfür konkret anzusetzen seien. Eine spätere Anpassung des Haushaltsansatzes könne dann erfolgen.

Es bestand Einvernehmen, entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu verfahren.

Anschließend hielten die Vorsitzenden der Fraktionen,

CDU – Herr Schell

SPD – Herr Knülle

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Metz

FDP – Frau Jung

AUFBRUCH! – Herr Köhler

ihre Haushaltsreden. Diese sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Hiernach fasste der Rat folgenden Beschluss: